

Bundesregierung betreibt grundlegenden Systemwechsel - von Government zu Governance

alle Rechte bei
Dr. Karl H. Pitz
www.MacroAnalyst.de
Frankfurt am Main

im April 2011

1. Umbau des politischen Systems erreicht kritische Phase

Wir sind Zeitzeugen eines lastenträchtigen Umbaus des politischen Systems.

Innerhalb der Euro-Zone müssen wir gegenwärtig exorbitante Garantie- und Hilfssummen für hoch verschuldete Länder bereitstellen.

Allein von Deutschland waren zu tragen:

- 22,4 Mrd. EUR für die Griechenlandrettung im April/Mai 2010
- direkt im Anschluss daran, im Mai 2010, 148 Mrd. EUR für die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zur Sanierung hochverschuldeter weitere Euro-Länder-Sanierung. Diese Garantieleistungen, wurde versichert, sollten bis 2013 befristet sein.
- Und im März 2013 wurde nun diese ‚zeitweilige‘ Hilfsmaßnahme in eine feste Struktur überführt - den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM): Aus der befristeten wird ab 2013 eine dauerhafte Regelung. Gleichzeitig wird mit einer Kapitalbasis von insgesamt 700 Mrd. € eine Verdoppelung des zu vergebenden Kreditvolumens ermöglicht. 80 Mrd. sind in bar als Grundkapital zu leisten. Deutschland ist wieder der Hauptfinanzier.

2. Bürger entscheiden nicht mehr über Verwendung ihrer Steuern

Wir sind Zeitzeugen der Verschiebung der Statik des Fundamentes der gewachsenen europäischen Demokratien.

Die Euro-Zone war im Ausgangspunkt 1999 ein Verbund von Nationen mit einer gemeinsamen Währung. Maßgebliches Fundament war die Vertragsklausel, keine Haftung für die Schulden anderer Nationen zu übernehmen (no bail-out).

Außerdem war die Euro-Währungszone als Stabilitätsgemeinschaft gegründet worden. Ausdrücklich war der unmittelbare Erwerb von Staatsschulden durch die EZB (Drucken von Geld) untersagt worden.

Durch die beiden Rettungspakete von Mai 2010 und eine regelwidrige Geldpolitik der EZB sind diese Verträge gebrochen worden. Durch die Beschlüsse des Rats-Gipfels vom März 2011 wurde weiterer Beton in ein neues Fundament gegossen.

Damit wird ein gravierender Systemwechsel im europäischen Gefüge vollzogen. Von der EU zur TU - zur Transfer-Union.

Als deren erstes Versatzstück wird das bail-out eingeführt. Das ist ein massiver Schritt hin zu einer Art von ‚Finanzausgleich‘. Und schon jetzt ist keinerlei Verknüpfung zwischen den aufzubringenden Finanzlasten und einem Gerechtigkeitskriterium mehr zu erkennen. Es geht ja nicht um Solidarität. „Was ist daran solidarisch, wenn ein armes Land wie Slowenien, das sich an die Regeln gehalten hat, für ein reiches Land wie Irland zahlen muss, das die Regeln gebrochen hat?“ (Holger Steltzner, Transferunion, FAZ, 25. 3. 2011).

Und da in einer Währungsunion keine flexiblen Wechselkurse als Mechanismus für die Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedsländern mehr zur Verfügung stehen, sind wir mit unabsehbaren finanziellen Belastungen konfrontiert. Neue Transfers haben „potentiell keine Grenzen nach oben“ (Werner Mussler, FAZ, 24.3.11).

Den Bürgern werden aber gerade die Instrumente genommen, mit denen sie sich zur Wehr setzen könnten. Dieser Finanzausgleich nämlich ruht nicht mehr auf einer demokratischen Verfassung, so wie das in den letzten 60 Jahren in Deutschland der Fall war. Wenn demzufolge oben wesentliche Finanzströme abgesaugt werden, können Bürgerinnen und Bürger unten nur noch über die Reste entscheiden.

Das Königsrecht einer parlamentarischen Demokratie, das Budgetrecht des Parlamentes, wird dramatisch ausgehöhlt. Der Einfluss der Vertreter des Volkes reduziert sich nun auf Projekte, wie z.B. ob Hartz-IV-Empfängern 5 oder 8 € mehr gezahlt werden kann.

3. Politik setzt sich über geballte Kritik hinweg

Diese Planungen sind auf massive Kritik gestoßen.

„Die deutsche akademische Volkswirtschaftslehre ist mit überwältigender Mehrheit gegen die geplanten EU-Beschlüsse“, so das Ergebnis einer Abstimmung des Plenums der Ökonomen.

„Wir können nicht die halbe Euro-Zone retten“, so der Wirtschaftsweiser Lars Feld.

„Der ESM wird für die nordeuropäischen Staaten, allen voran Deutschland zu einem Fass ohne Boden. Der Weg in die Schuldenunion ist eingeschlagen“, so Lüder Gerken vom Centrum für Europäische Politik in Freiburg.

„Ökonomen warnen vor Euro-Haftungsunion“, so die European Economic Advisory Group.

Pikant: Selbst die Wirtschaftsberater von Finanzminister Wolfgang Schäuble warnten vor dem Euro-Rettungspaket. „Der Wissenschaftliche Beirat des Ministeriums hält die jüngsten Beschlüsse des EU-Gipfels für ‚besorgniserregend‘ (FAZ, 28. 3. 11).

Der Präsident der Bundesbank, Axel Weber, gab seine Kandidatur zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank zurück, weil er eine solche Position in einer Schuldenunion, mit allen daraus für ihn erwachsenden Zwängen, nicht vertreten mochte.

Gefühlte 80 – 90 % der Bürgerinnen und Bürger lehnen diese Pläne ohnehin ab.

Es ist nicht der erste Fall, aber doch ein besonders auffälliger: Demokratische Politiker scheuen sich einen Teufel um die Meinung des Souveräns und ziehen Positionen gegen das Volk durch. Wie das? Wie lässt sich das erklären? Zeigt das Modell nicht, dass sie abhängig vom Volke sind?

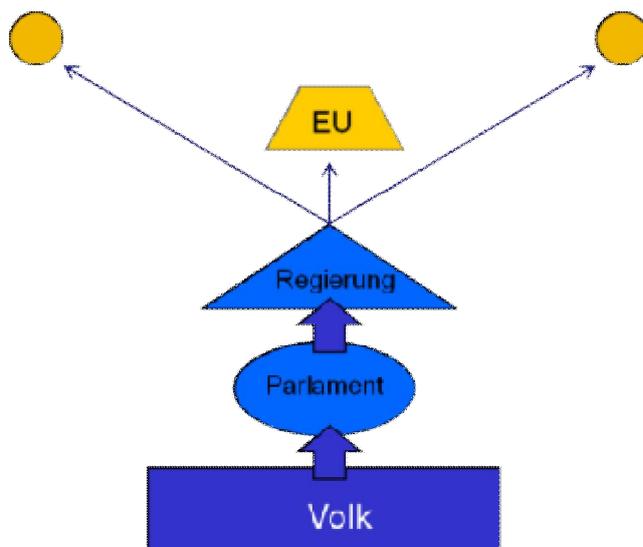
Im Zorn wird häufig geäußert, die seien alle dumm und unfähig, die Politiker. Das ist zwar verständlich, aber eben doch nur Stammtisch. BM Schäuble und BK Merkel – dumm und unfähig?

Es führt kein Weg daran vorbei zu erklären, wo der rationale Kern dieses Verhaltens liegt? Was treibt diese Leute an? Die Suche nach dieser Rationalität führt zum Systemischen.

4. Politik wechselt von Government zu Governance

Das Bild von Government ist in allen Köpfen. Man lernt es so schon in der Schule:

Government:



Das Volk ist der Souverän. Es wählt das Parlament. Das Parlament wählt eine Regierung. Diese transportiert den Willen des Volkes auch in internationale, völkerrechtliche Organisationen: Allen voran die EU, aber auch die UN, die Welthandelsorganisation, den Internationalen Währungsfonds und andere. Natürlich muss sie dort Kompromisse eingehen.

So wird das Bild auch sorgsam von den Medien gepflegt. Trotzdem ist es lediglich die äußere Form. Es existiert nur noch teilweise. Im Wesentlichen ist es überholt. Die tatsächlichen Machtstränge laufen anders.

MacroAnalyst hat seine bisherigen Analysen ganz darauf konzentriert, das seit 40 Jahren gewachsene System von Global und European Governance zu verstehen.

Immer klarer wird nun, dass die Verschiebung der Gewichte spätestens jetzt nahelegt, in der Diskussion der Probleme auf nationaler Ebene auch zu „National Governance“ überzugehen. Eine Ebene folgt jeweils der anderen.

Und endlich hat einmal einer Klartext dazu geredet.

Als Gewinner des Preises der Financial Times für den „Finance Minister of the Year“ hat Finanzminister Schäuble in einem Interview seine Vorstellungen über die Zukunft der EU formuliert. (Published: The Financial Times Limited, December 5 2010)

Einleitend sagte er zum europäischen Modell, es müssten jetzt Teile der nationalen Souveränität in einer „vollkommen anderen Art als im 20. Jahrhundert geregelt werden“. „Wir brauchen neue Formen von internationalem Governance, Global Governance und European Governance“.

„Die Europäische Währungsunion ist eine solche neue Form von Governance für das 21. Jahrhundert“. Aber noch nicht ganz: „Wir haben zwar eine gemeinsame Währungszone, aber wir haben keine gemeinsame Fiskal-Politik“.

Aber er sei optimistisch, dass die Mitgliedsländer der Euro-Zone, auch Deutschland, langfristig bereit seien, einen größeren Teil ihrer nationalen Budget-Hoheit abzutreten. Würde der Bundestag heute zur Abstimmung darüber gebeten, nationale Budget-Hoheit aufzugeben, „würden wir keine Zustimmung erhalten“. „Wenn Sie uns aber einige Monate zugestehen, daran zu arbeiten, und wenn Sie uns außerdem hoffen ließen, dass andere Mitgliedsländer ebenfalls zustimmen werden, dann würde ich eine Chance dafür sehen“.

Schäuble in der The Financial Times

Speaking as the winner of the FT competition for European finance minister of the year, Mr Schäuble spelt out his belief in a model of shared national sovereignty in the European Union.

“We need new forms of international governance, global governance and European governance,” he said in an interview with the Financial Times.

“European monetary union is a new form of governance for the 21st century, ... according to Wolfgang Schäuble, German finance minister”.

The very specific construction of the euro: “We have a common monetary union, but we don't have a common fiscal policy. [We need] to convince the international public and international markets that this is a new form, very specific to meeting the demands of the 21st century.”

But he did express optimism that, in the long run, eurozone member states, including Germany, would be prepared to give up more of their national budgetary authority.

If the German parliament were asked for a vote today on giving up national budgetary authority, “you would not get a Yes vote”, he added. But “if you would give us some months to work on this, and if you give us the hope that other member states will agree as well, I would see a chance”.

[Copyright](#) The Financial Times Limited 5. Dec. 2010

use this link to reference the article -

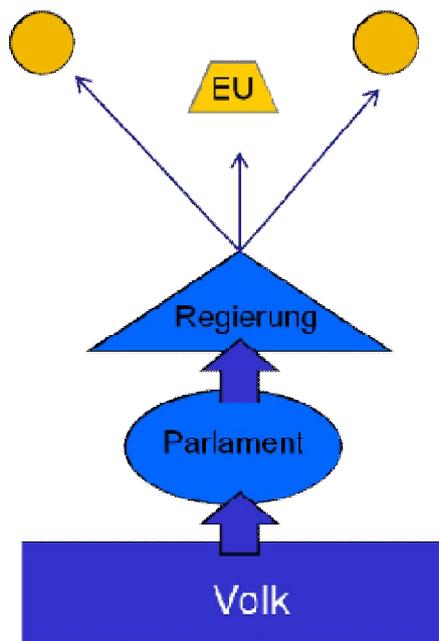
<http://www.ft.com/cms/s/0/4f522e88-0098-11e0-aa29-00144feab49a.html#ixzz1IGI8SEQh>

Hier verzichtet der zuständige Fach-Minister auf Brüssel-Sprak. Hier zeigt er unmaskiert, wohin sich Europa seit langem entwickelt. Er benennt unmissverständlich den weiteren Weg.

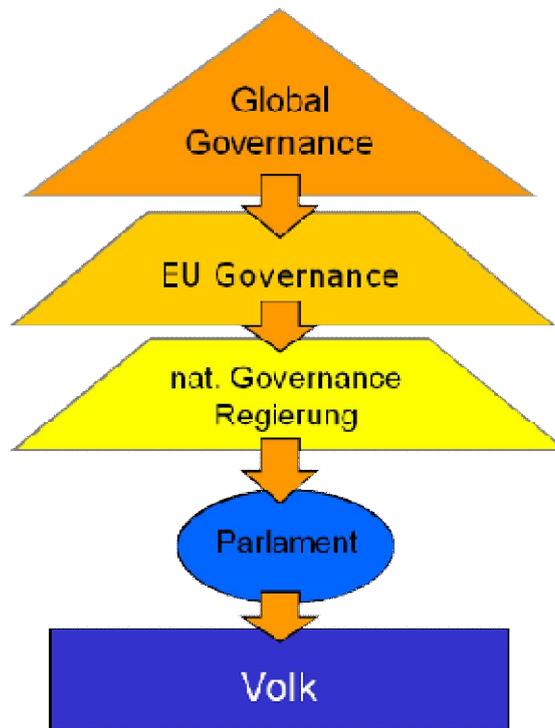
Schäuble benutzt dabei zwar nicht den Begriff des „National Governance“, jedenfalls nicht explizit. Aber der ganze Text zeigt, was darunter zu verstehen ist.

Government ist Regierung - demokratisch gewählt.
Governance ist Steuerung – sie stellt das Funktionieren der neuen globalen Machtpyramide sicher.

Government:



Governance:



Quelle: MacroAnalyst.de

Bei Government sollen die Machtstränge von unten nach oben laufen.

Bei Governance laufen sie umgekehrt von oben nach unten.

Wesentliche Politikfelder werden oben ausformuliert und über die verschiedenen Governance-Ebenen bis an die Basis unten weitergereicht:

Helmut Kohl betrieb einen breiten und unregulierten Strom von Einwanderung.

Hans Eichel schaffte die Deutschland AG ab.

Walter Riester leitete die Privatisierung der Rente ein.

Gerhard Schröder begann mit dem Abbau des Sozialsystems.

Und BK Merkel organisiert nun, zusammen mit ihrem Finanzminister, die Abtretung der Budget-Hoheit, des Königsrechts des Parlamentes, an Governance.

Und das mit einem überraschendem Tempo.

Mit der direkten Bankenrettung von 2008 (Subprime) wurde das Parlament zum ersten Mal vorgeführt. Mit der Griechenlandhilfe von 2010 wurde ein Dambruch in der Euro-Zone eingeleitet. Mit dem europäischen Rettungsschirm wurde direkt im Anschluss daran die Umwandlung der Währungszone in eine Transfer-Union eingeleitet. Im Dezember 2010 kündigt der Finanzminister im FT-Interview die Verlagerung der Budget-Hoheit zu Governance hin an. Bittet zwar noch um einen Arbeitsaufschub. Aber drei Monate später ist das Projekt durchgezogen.

Wie ist das möglich? „Die Märkte erwarteten eine schnelle Einigung. Und die Bundesregierung hat ein gutes Stück schneller nachgegeben, als vorher erwartet worden war“ (Werner Mussler zum Rats-Gipfel FAZ 13. 3. 11).

Die „Märkte“, das ist Global Financial Capital. Denen hatte der Finanzminister im FT-Interview noch ins Stammbuch geschrieben, sie müssten an allen bail-outs beteiligt werden. Das Risiko könne nicht nur vom Steuerzahler getragen werden. (Mr Schäuble warned that if private bondholders did not bear some of the risk, as well as the reward, of their investments, it could destroy the legitimacy of the market economy and even of “our political order”). Schäuble gelang es auf dem Vorbereitungstreffen der europäischen Finanzminister am 21. März 2011 auch, diese grundsätzliche Beteiligung privater Gläubiger in die Vorlage zu schreiben.

Drei Tage späte wurde dies vom Rat auf dem Gipfel gestrichen. Global Governance zeigte European Governance, wie diese Beschlüsse auszusehen haben.

Die Machtstränge im Governance-Modell spitzen es zu: Die Bundesregierung hat den Bereich des Grundgesetzes verlassen und wird zum exekutiven Arm von Governance. Jedenfalls was die global wesentlichen Politikfelder betrifft. Mit den kleineren Dingen des Lebens darf sich nach wie vor das Parlament befassen.

Anders war der rationale Kern des Vorgehens in der Europapolitik schon bisher nicht zu erklären. Jetzt aber hat es BM Schäuble explizit bestätigt.

5. Das Ergebnis: Der Systemwechsel

Von 1957 an war der europäische Weg ein Weg von Government zu Governance. Zunächst schleichend und kaum erkennbar. Dann immer offener. Weit sind wir gekommen:

In den letzten 50 Jahren haben wir 84 % unserer Rechtsakte an Brüssel abgegeben. Zur Jahrhundertwende haben wir unsere Währung an die Euro-Zone abgetreten. Und im März 2011 haben wir nun unsere fiskalische Souveränität nachgereicht.

Finanzminister und Bundeskanzlerin haben diese Beschlüsse gegen die geballte Fachkritik sowie gegen 80 – 90 % der Bürgerinnen und Bürger kalt durchgesetzt.

Schäuble hat bereits im vergangenen Dezember das Muster für dieses Vorgehen im Klartext offengelegt. „Wir brauchen neue Formen von Global und European Governance“. Die Währungsunion verfüge nicht über eine gemeinsame Fiskalpolitik. Ein substantieller Teil der nationalen Budget-Hoheit sei ihr deshalb zu übertragen.

Mit diesen europäischen Beschlüssen wechselt die Bundesregierung ihre Position. Sie verlässt den Bereich des Grundgesetzes. Statt Government haben wir nun Governance – das ist die Steuerung der globalen Machtpyramide. Sie ist gegen die Bürger gerichtet. Follow the money, follow the power.

Mehr noch: Das ist die Auswechslung unseres politischen Systems. Erst ist Deutschland in der EU aufgegangen. Dann ist deren Herzstück in eine TransferUnion umgewandelt worden. Die Transfers haben potentiell keine Grenzen nach oben.

Wir haben die demokratische Kontrolle über Rechte, Währung und Geld verloren. Lassen wir zu, dass unserem Parlament auch noch die nationale Budget-Hoheit genommen wird, haben wir keinen Einfluss mehr auf die Verwendung unserer Steuergelder.

Alles, was wir noch haben, ist die Form. Noch existiert das Grundgesetz. Das ist nach wie vor von existenzieller Bedeutung. Aus ihm heraus können wir noch immer den Aufstand gegen Governance organisieren. Unser Grundgesetz garantiert das Recht eines jeden Deutschen, Widerstand gegen jeden zu leisten, der die Verfassungsordnung beseitigen will (Art. 20 Abs. 4).

Es ist Zeit, die Notbremse zu ziehen.
Andere Staaten zum Austritt aus der Währungsunion aufzufordern, sehen die Verträge nicht vor. Das müssen wir schon selbst tun.

Treten wir aus der Euro-Zone aus. Formieren wir sie vernünftig neu.